



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
IN IRAN

En Iranien
28. 11. u. 1.

Die Lage in Persien Mitte November 1953.

1. Allgemeine politische Lage

a) Aussenpolitisches: Die Regierung hat die Erklärung abgegeben, mit allen Staaten gute und freundschaftliche Beziehungen unterhalten zu wollen. Sie verfolgt diese Linie mit zunehmendem Erfolg.

Die Beziehungen zu den arabischen Staaten haben sich günstig entwickelt, vor allem diejenigen zu Irak, die von den immer wieder auftretenden Grenzzwischenfällen kaum mehr beeinträchtigt werden.

Die zur Zeit Mossadeghs aufgetretenen Spannungen mit der Türkei sind vollständig beseitigt und haben einer betonten Freundschaft Platz gemacht. Der ehemalige Ministerpräsident Mansour ist vor wenigen Tagen als Botschafter nach Ankara gegangen. Eine Gruppe massgebender türkischer Journalisten hat kürzlich Persien besucht und eine besonders gute Aufnahme gefunden. Man spricht von der Möglichkeit eines Besuches des türkischen Staatspräsidenten in Teheran. Die Gerüchte betreffend den Abschluss eines Militärpaktes sind nach meinen Informationen allerdings unbegründet.

Die Beziehungen zu Russland sind korrekt und man vermeidet nach Möglichkeit irgend welche Trübungen, ohne deswegen allzu nachgiebig zu sein. Die sich aus dem Ablauf der Fischereikonkzessionen ergebenden Fragen sind noch zur Zeit Mossadeghs in sachlicher Weise und bei gegenseitiger vernünftiger Stellungnahme erledigt worden. Die ebenfalls zur Zeit Mossadeghs eingeleiteten, nach dem Umsturz unterbrochenen Verhandlungen betreffend Grenz- und Finanzfragen sollen in nächster Zeit wieder aufgenommen werden. Dem russischen Verlangen nach Entlassung eines wegen Spionage verhafteten Sowjetbürgers ist nicht entsprochen worden; die persische Regierung hat sich zur Entlassung des Spions bereiterklärt, falls er das Land verlasse, worauf die Russen aber bis jetzt nicht eingegangen sind. In der russischen Presse sollen nach dem 12. November Angriffe gegen die Regierung Zahedi erschienen sein, die aber hier nicht tragisch genommen werden. Die gegenseitigen Handelsbeziehungen entwickeln sich normal.

Sehr gute Beziehungen bestehen mit den Vereinigten Staaten. Deren finanzielle Hilfe ist willkommen und es wird insbesondere anerkannt, dass sie ohne irgend welche Bedingungen geleistet worden ist. Der amerikanische Botschafter Henderson



- 2 -

wird verdienstermassen sehr geschätzt und er hat zweifellos grossen Einfluss. Immerhin kann nicht übersehen werden, dass es auch in durchaus nach Westen orientierten Kreisen zahlreiche Leute gibt, die der Ansicht sind, der Einfluss der Amerikaner in Persien gehe für die öffentliche Meinung zu weit und riskiere provozierend auf Russland zu wirken. Zahlreiche Amerikaner - dies bezieht sich aber nicht auf Henderson und seine massgebenden Mitarbeiter - tragen zu diesen Bedenken durch allzu ostentatives Auftreten und etwas tappige Propaganda bei. Viele Perser westlicher Orientierung sind der Meinung, es wäre besser, die amerikanischen Militärmissionen zurückzuziehen, oder sie wenigstens durch Techniker in Zivil zu ersetzen. Sie erhoffen von einer Normalisierung und Intensivierung der Beziehungen mit England eine gewisse Ausbalancierung.

Der Schah und die Regierung wünschen zweifellos aufrichtig eine sofortige Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu England. Auch die öffentliche Meinung dürfte in der Mehrheit für die Normalisierung des Verhältnisses mit England gewonnen sein; eine solche würde meines Erachtens sogar von den Russen und den Tudeh-Kreisen begrüsst, die ein Ueberwiegen des englischen Einflusses gegenüber demjenigen der Amerikaner vorziehen würden. Ueber die Frage, ob der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen oder der Regelung des Oelkonfliktes die Priorität einzuräumen sei, gehen die Ansichten der Oeffentlichkeit auseinander. Die Propaganda während der Herrschaftszeit Mossadeghs gegen England und speziell gegen die A.I.O.C. wirkt stark nach. Die absolute wirtschaftliche Notwendigkeit einer Lösung des Oelkonfliktes wird allgemein eingesehen, doch ist die öffentliche Meinung nicht gewillt, die guten Beziehungen zu England mit zu weitgehenden Konzessionen in der Oelfrage zu erkaufen.

b) Innerpolitisches: Die Regierung hat die Lage fest in der Hand und kann sich auf die Armee verlassen, obschon sich in dieser trotz energischen Säuberungsmassnahmen noch zahlreiche unzuverlässige (kommunistische) Elemente befinden dürften. Der Ausnahmezustand herrscht noch in Teheran, Isphahan, Schiraz, in den Oelgebieten und entlang den Bahnen.

Von den Stämmen im Süden, von denen in letzter Zeit insbesondere die Gashghai die Aufmerksamkeit der Presse erregt haben, ist meines Erachtens mindestens vorläufig nichts zu befürchten. (Siehe im übrigen auch unten Kapitel 2 und 3).

c) Wirtschaftliches: Im Moment des Abgangs der Regierung Mossadegh war die Lage des Fiskus und die devisentechnische Situation absolut katastrophal, was vom Finanzminister Amini offen zugegeben wurde. Die amerikanische Hilfe hat einen sofortigen Zusammenbruch sowohl fiskalisch als

- 3 -

devisentechnisch verhindern können, ohne dass deswegen aber die zu Grunde liegenden Probleme gelöst wären. Insbesondere scheint die Lage des Fiskus noch immer sehr angespannt.

Die Exporte entwickeln sich gut, zum Teil dank guter Ernten. Die freien Devisenkurse sind gefallen - das Pfund wurde am 17. November mit 272.50 kotiert - die Preise sind aber im grossen ganzen noch auf ihrer bisherigen Höhe geblieben, teilweise sogar noch gestiegen. Der Grund dafür dürfte teilweise in der infolge der Reduzierung der Importe, während den letzten beiden Jahren eingetretenen Warenverknappung liegen, die noch nicht genügend gelockert werden kann, da sich die Importeure, die auf ein weiteres Fallen der Devisenkurse spekulieren, eine gewisse Zurückhaltung auferlegen.

Die Regierung sucht ihrerseits die Einfuhr zu fördern, indem sie gewisse Erleichterungen bei den Formalitäten gewährt und die Einfuhrkontingente für die Waren erster und zweiter Kategorie erweitert hat.

Dank des gefestigten Vertrauens des Auslandes in die neue Regierung hat diese zahlreiche Angebote von Lieferungen auf Kredit, vor allem von Produktionsgütern, erhalten: deutsche Gruppen verhandeln über einen Kredit von 60 Millionen Dollar, der später auf 200 Millionen Dollar erweitert werden kann, Frankreich offeriert Lieferungen auf Kredit für 5 Milliarden französische Franken und Offerten ähnlicher Natur scheinen von Japan vorzuliegen. Andere Geschäfte scheinen auf Kompensationsbasis, aber wohl meist mit Vorlieferung der ausländischen Seite, in Vorbereitung zu sein, vor allem auch mit Italien.

Ein Gesetz, das bezweckt, ausländische Kapitalisten zur Investierung von Kapital in Iran zu ermuntern, ist in Bearbeitung und dürfte in den nächsten Tagen herauskommen.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat die Regierung Rials, die den Gegenwert von aus der amerikanischen Hilfe an Importeure abgegebenen Dollars bilden, für öffentliche Arbeiten (Strassenbau, Bahnbau, Errichtung billiger Wohnungen, Bau von Polykliniken) eingesetzt; diese Arbeiten haben bereits begonnen. Irgend welche Anzeichen für die Anhandnahme der wohl wichtigsten grundsätzlichen Probleme, nämlich einer Agrar- und Steuerreform, sind bis jetzt, abgesehen von der Wiederaufnahme von Landverteilungen durch den Schah, nicht festzustellen und wohl auch weiterhin nicht zu erwarten.

2. Die Regierung Zahedi

a) Auf die Politik der Regierung dürften neben General Zahedi vor allem die Herren Entezam (Aussenminister), Panahi, (anfänglich Arbeitsminister, jetzt Chef der "Organisation du Plan", dem Kabinett angehörend) und Amini (Finanzminister) Einfluss haben, lauter als tüchtig geltende, vernünftige und westlich orientierte Leute, denen an einem freundschaftlichen Verhältnis zu London liegt und die, wenn nicht Rücksichten auf die öffentliche Meinung entgegenstünden, für sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen wären. Diese Herren dürften auch, im Rahmen des für die öffentliche Meinung tragbaren, für eine vernünftige Lösung des Oelkonfliktes zu haben sein. Meines Erachtens ist die gegenwärtige Regierung unter den hier herrschenden Umständen für den Westen und speziell für London die bestmögliche und verdient gestützt zu werden.

b) Die Stellung der Regierung Zahedi darf zur Zeit als stark angesprochen werden. Die energischen Massnahmen gegen die Tudeh-Partei tragen ihre Früchte, wenn diese auch keineswegs als zerschlagen angesehen werden darf, da nach allgemein herrschendem Eindruck bei den sehr häufigen Verhaftungen mehr die kleinen Leute als die eigentlichen Führer geschnappt werden. Die Anhänger Mossadeghs sind sicher noch zahlreich, scheinen aber unorganisiert und halten sich meistens still. Soweit sie sich im Bazar am 12. November, als die Kommunisten den Generalstreik auslösen wollten, bemerkbar gemacht haben, sind sie ebenfalls scharf angefasst worden. Die Regierung hatte an diesem Tage nicht die geringste Schwierigkeit, die Lage zu meistern.

Die sich in offenen Briefen und Zeitungsartikeln bemerkbar machende Opposition Makki's *Baghai's ist wenig ernst zu nehmen; sie ist wohl stark durch persönliche Ressentiments bedingt, da die Herren bei der Regierungsbildung übergangen worden sind. Kachani scheint gewisse persönliche Kontakte mit Zahedi zu haben und, obschon er noch immer ein ausgesprochener Gegner Gross-Britanniens ist, etwas von seiner sturen extremen antibritischen Haltung abgekommen zu sein. Von seiner Seite dürften wenigstens vorläufig Schwierigkeiten kaum zu erwarten sein.

Was aber trotz allen diesen für die Stärke der Regierung Zahedi sprechenden Tatsachen nicht übersehen werden darf, ist folgendes. Der wirklich spontane Umschwung des 19. August ist durch die Reaktion gegen die diktatorischen Allüren und Uebertreibungen Mossadeghs, die Anhänglichkeit des Volkes an den Schah und die Furcht vor dem Kommunismus ausgelöst

*und

- 5 -

worden. Es war keine Bewegung pro-Zahedi, sondern dieser verdankt die Regierungsgewalt ausschliesslich seiner Ernennung durch den Schah, wozu ein gewisser Anhang in der Armee kommt. Er hat keine politische Partei, ja sogar nicht einmal eine Parlamentsfraktion hinter sich, da bekanntlich der Madjliss nicht sitzungsfähig, und die Frage der rechtlichen Existenz von Madjliss und Senat umstritten ist. Ohne Parlament kann Zahedi übrigens keine Gesetze erlassen und nicht einmal die ihm nicht passenden, von Mossadegh auf Grund seiner damaligen Vollmachten beschlossenen Gesetze abändern.

In gewissem Sinne hängt demnach, wenn man so sagen darf, die Regierung Zahedi politisch und rechtlich in der Luft. Sie lebt von den Nachwirkungen der oben genannten Motive des 19. August, dem Vertrauen des Schahs und der Armee sowie dem Fehlen einer organisierten Opposition. An eigenen Leistungen hat sie die Herstellung von Ruhe und Sicherheit, die der amerikanischen Hilfe zu verdankende Vermeidung des Staatsbankrotts und die Wiedergewinnung eines gewissen Vertrauens des Auslandes aufzuweisen; von einer Besserung der Lebensverhältnisse der Massen kann aber noch kaum die Rede sein und es kann einem Beobachter nicht entgehen, dass der während den ersten Wochen vorhandene Enthusiasmus der Massen sich bereits wesentlich abgekühlt hat.

Zahedi wird gelegentlich, spätestens in einigen Monaten, Parlamentswahlen ausschreiben müssen. Die persische öffentliche Meinung ist eine sehr labile Angelegenheit. Schon die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor Einleitung von Oelverhandlungen, wie sie von London gewünscht und vermutlich von Zahedi angenommen werden wird, wird eine wenn auch nunmehr wohl tragbare Belastung bedeuten. Falls der Regierung, die die absolute Notwendigkeit der Wiedereingangssetzung der Oelindustrie einsieht, eine von der öffentlichen Meinung nicht akzeptierte Lösung aufgezwungen werden sollte, so könnte dies meines Erachtens, welches auch das Datum und der Ausgang der Wahlen sein werden, die Weiterexistenz der Regierung Zahedi in Frage stellen.

3. Die Beziehungen zwischen dem Schah und seinem Regierungschef sind sehr gut und vertrauensvoll; soweit Meinungsverschiedenheiten bestehen, sind sie nebensächlicher Natur und vermögen das Verhältnis nicht zu trüben. Der Schah hat an Selbstbewusstsein gewonnen und beschäftigt sich intensiv mit allen politischen Fragen, insbesondere auch mit denen der Aussenpolitik. Ohne den Herrscher in dieser Richtung direkt einschränken zu wollen, lassen Zahedi und Entezam immerhin diskret durchblicken, dass sie die eigentliche Bearbeitung aussenpolitischer Probleme in ihrer Hand behalten wollen.

- 6 -

4. Die heutige Anhängerschaft Mossadeghs ist schwer abzuschätzen, dürfte aber doch ziemlich umfangreich sein. Wie bereits erwähnt, scheint sie nicht organisiert zu sein und tritt wenig in Erscheinung; immerhin hat sie sich am 12. November im Bazar trotz vorangehender Warnung durch die Regierung bemerkbar gemacht. Der Nimbus als Fahnenträger der nationalen Bewegung und des Widerstandes gegen den "englischen Imperialismus" bleibt Mossadegh aber in den weitesten Kreisen erhalten und zwar auch bei Leuten, die seine spätere Politik ablehnen. Die Intensität dieser "Heldenverehrung" wird in der Zukunft nicht zuletzt von der britischen Politik gegenüber Zahedi in der Oelfrage abhängen.

Der Prozess gegen Mossadegh verursacht auch in regierungstreuen Kreisen eine gewisse Malaise. Mossadegh verteidigt sich raffiniert und zieht alle Register seines so hoch entwickelten schauspielerischen Könnens; er ist dem Ankläger und dem die Verhandlungen wenig energisch führenden Präsidenten des Gerichtshofes deutlich überlegen und beherrscht die Szene. Seine auf die Öffentlichkeit zugeschnittenen Reden dürften nicht ohne eine gewisse propagandistische Wirkung bleiben. Mossadegh schont betont den Schah, behandelt aber alle andern Gegner einschliesslich den Gerichtshof und den Ankläger als englische Agenten, durch die er an der erfolgreichen Durchführung seines Kampfes gegen die Briten gehindert worden sei und gibt seinen antibritischen Gefühlen stärksten Ausdruck.

Das zeitliche Zusammenfallen des Prozesses mit den Bemühungen für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, die die Presse in hohem Masse beschäftigen, ist bedauerlich. Die Einbeziehung des ehemaligen Generalstabschefs Riahy in den Prozess gegen Mossadegh wird von vielen regierungstreuen Leuten, vor allem auch in Kreisen der Armee, als Missgriff betrachtet.

18. November 1953.

Weller

P.

A-t-on envoyé cette pièce à M. de
Torrenté ?

oui, avec lettre du 26.11.53

Vo